



**Dokumentation Workshop: 3. Mai in Köln**

**„Positionsdebatte: Die gemeinsame  
Agrarpolitik nach 2013 auf dem Prüfstand“**

**Verfasserin: Lea Unterholzner, AbL**

## Herausgeber

**Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche  
Landwirtschaft e.V. (AbL)**

Bahnhofstraße 31  
59065 Hamm

[www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de)

**Germanwatch e.V.**

Büro Berlin  
Voßstr. 1  
D-10117 Berlin

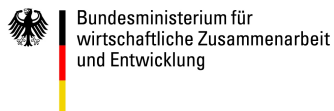
[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

**Bischöfliches Hilfswerk  
MISEREOR e.V**

Mozartstraße 9  
52064 Aachen

[www.misereor.de](http://www.misereor.de)

**Diese Veröffentlichung und Publikation wurde mit Unterstützung der Europäischen Union und des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hergestellt. Für den Inhalt ist allein der Herausgeber verantwortlich. Der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Förderer angesehen werden.**



## Gliederung

1. Vorwort.....	S. 3
2. Programm.....	S. 4
3. Teilnehmer.....	S. 5
4. Dokumentation des Workshops.....	S. 6
5. Anhang: AGL&E Positionspapier	

## Vorwort

Die europäische Agrarpolitik (GAP) wird für die Zeit nach 2013 neu geregelt. Anlass sind die Verhandlungen für die neue Finanzperiode und das Auslaufen der Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER-VO) bis zum Ende 2013. Bis Ende 2010 wird ein erster Vorschlag der EU-Kommission zur GAP-Reform erwartet. Die weitere Reform der europäischen Agrarpolitik wird derzeit mit einer Vielzahl von Akteuren diskutiert. Ein „weiter so wie bisher“ stößt nicht nur bei Entwicklungshilfe-, Umwelt- und Bauernorganisationen auf Widerstand, sondern die EU-Agrarpolitik wird in dieser Ausrichtung auch von einer breiten Bevölkerung kritisch gesehen.

Wir haben diesen Workshop organisiert, um eine entwicklungspolitisch vertiefende Debatte in der Zivilgesellschaft anzuregen. Aus den Ergebnissen des Workshops ist ein gemeinsames Positionspapier der Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung (AGL&E) im Forum Umwelt und Entwicklung entstanden mit dem Titel: „Die Zeit ist reif für eine neue EU-Agrarpolitik: fair, umweltgerecht und global verantwortlich!“ vom Juni 2010. Das Papier wird vor allem von Entwicklungshilfeorganisationen getragen, aber auch von Bäuerinnen und Bauern und Umweltvertretern. [www.forum-ue.de/15.0.html](http://www.forum-ue.de/15.0.html)

Das Papier vertieft die entwicklungspolitischen Anliegen und ist eine Erweiterung des Positionspapier der Verbändeplattform: „Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik“ vom April 2010. [www.die-bessere-agrarpolitik.de](http://www.die-bessere-agrarpolitik.de)

**Berit Thomsen**

Arbeitsgemeinschaft

bäuerliche Landwirtschaft

**Kerstin Lanje**

MISEREOR

**Tobias Reichert**

Germanwatch

## Programm

- 11:15 Uhr: Ankommen und einchecken bei Kaffee und Tee**  
*Gesamtmoderation: Kerstin Lanje, Misereor, Aachen*
- 11:30 Uhr: **Begrüßung und Einführung**  
**Das Positionspapier: Kontroversen und Einigkeit**  
Armin Paasch, Misereor, Aachen
- Politische Agenda und Einschätzung zum GAP-Prozess**  
Berit Thomsen, AbL, Hamm
- 12:00 Uhr: **Ernährungssouveränität: Leitbild auch für Europa?**  
Gérard Choplin, European Coordination Via Campesina, Brüssel  
*Kurzer Input, Debatte, Meinungsbild*
- 12:45 Uhr: Mittagessen**
- 13:30 Uhr: **Öffentliches Geld nur für öffentliche Güter: Ökologischer Königsweg oder das Ende der europäischen Landwirtschaft?**  
Matthias Meissner, WWF, Berlin  
Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL, Hamm  
*Kurzer Input, Debatte, Meinungsbild*
- 14:15 Uhr: **Flexible Mengenregulierung: Recycling der Quote oder neuer Hoffnungsträger?**  
Sonja Korpeter, European Milk Board, Hamm  
*Kurzer Input, Debatte, Meinungsbild*
- 15:00 Uhr: Tee- und Kaffeepause**
- 15:15 Uhr: **Dritte Säule der Agrarpolitik: Entwicklungspolitische Forderungen auch in der GAP?**  
Rudolf Buntzel, eed, Berlin  
*Kurzer Input, Debatte, Meinungsbild*
- 16:00 Uhr: **Sichten der Pro- und Kontraargumente**  
**Strategiediskussion: u.a. wie weiter mit den Säulen?**  
Marita Wiggerthale, Oxfam Deutschland, Berlin  
*Kurzer Input, Debatte*
- Ende um 17:30 Uhr**

## Teilnehmer

Name	Organisation	Ort
Berit Thomsen	AbL	Hamm
Jasper Ulrich	AbL	Hamm
Gerard Maplin	ECVC	Brüssel
Annette Roth	DED	Bonn
Steg Tanzmann	EED	Berlin/Bonn
Johanna Besier	J AbL	Witzenhausen
Arno Eul	Misereor	Aachen
Ursula Gröhn-Wittern	Agrar Koordination	Hamburg
Bettina Oehmen	Forum URE	Bonn
Podlinski Nicole	KLB	Bonn
Anna Hirt	Weltladen – Dachverband	Mainz
Lea Unterhokner	AbL	Hamm
Rudolf Buntzel	EED	Berlin
Benjamin Luig	Fian Deutschland	Freiburg
Marita Wiggerthal	Oxfam	Berlin
Matthias Weißner	WWF Deutschland	Berlin
Carolin Callenius	BfDW	Berlin
Francisco Mari	EED	Stuttgart
Kerstin Lanje	Misereor	Aachen
Armin Paasch	Misereor	Aachen

## **Dokumentation des Workshops**

### **Das Positionspapier: Kontroversen und Einigkeit**

Armin **Paasch**, Misereor, Aachen

Für die laufende Debatte der EU-Agrarreform für die Zeit nach 2013 sieht die Bundesregierung keinen akuten Handlungsbedarf und setzt mit einem „weiter so“ auf die Steigerung der Produktion und des Wettbewerbs unter den Lebensmittelproduzenten. Damit suggeriert die Bundesregierung, den wachsenden Herausforderungen der Ernährung der steigenden Weltbevölkerung und des Klimawandels begegnen zu wollen. In dem Papier der Bundesregierung wird darauf hingewiesen, dass an der Höhe des Agrarbudget nicht zwingend festgehalten werden soll. Das 2-Säulen-Modell soll in der jetzigen Form bestehen bleiben. Die Bundesregierung will in ihrer Position jegliche Modulation verhindert wissen.

Dagegen fordert das Forum für Umwelt und Entwicklung in dem bisherigen Entwurf für ein gemeinsames Positionspapier, dass durch Agrarförderungen ausgelöste weltweite Wettbewerbsverzerrungen und Preisdumping in den Entwicklungsländern eingestellt werden müssen. Die Zerstörung von regionalen Märkten und die Beschneidung des Rechts der ProduzentInnen und KonsumentInnen auf Nahrung sind ein unter anderem von der EU geschaffener Zustand, für den Verantwortung übernommen werden muss. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) verfolgt die Strategie, in der EU Überschüsse von Nahrungsmittel produzieren zu lassen, und zwar so billig, dass nicht mal mehr die Kosten der Produktion gedeckt sind. Diese Überschüsse gelangen auch in die Entwicklungsländer. Diese Strategie wird als ein „Beitrag zur Hungerbekämpfung“ verkauft. Allerdings bringt das in den armen Ländern den hohen Preis der steigenden Abhängigkeit von Importen mit sich. Außerdem wirken volatile Weltmarktpreise durch diese Exportstrategie extremer auf die lokalen Märkte und gefährden die Versorgungssituation der Bevölkerung.

Um die Wettbewerbsverzerrungen aufzuheben, muss sich der Anspruch der EU verändern. Nicht die EU muss die Welt ernähren, sondern die EU muss Standards schaffen, um lokale Märkte hier und in anderen Ländern zu stärken.

Aktuell gestalten vielfältige Dumpinginstrumente den Markt: Exportsubventionen, Interventionspreise, Investitionsbeihilfen der zweiten Säule, pauschale Direktzahlungen, Quotenanhebung, Export von Restprodukten und eine aggressive Handelspolitik der „Global Europe-Strategie“ der EU.

Nicht nur die Exportsubventionierung wirkt sich aus. Auch die Förderung der europäischen Massentierhaltung, die enorme Futtermittelimporte voraus setzt. Die Produktion von z.B. Soja führt in den lokalen Märkten zu Flächenverdrängung, Rodung von Regenwäldern und dem Anbau von gentechnisch veränderten Organismen Pflanzen. Dazu treten Nebeneffekte auf, wie die durch die Landwirtschaft entstehenden Treibhausgase, deren Auswirkungen die Entwicklungsländer besonders hart treffen.

Auch für die Landwirtschaft innerhalb der EU muss die Verteilung der Agrarzahungen anders konzipiert werden, da das aktuelle Modell der Verteilung der EU-Mittel bezogen auf den Hektar zu enormen Hofaufgaberraten von vor allem kleinen und mittleren Betrieben geführt hat.

Daraus ergeben sich folgende bereits diskutierte und für gut geheiene Forderungen:

- Exportsubventionen sofort und definitiv abschaffen, unabhängig von der WTO.
- Investitionsbeihilfen nur für ökologische Modernisierung zahlen.
- Direktzahlungen nach Betriebsgröße staffeln sowie an strikere Okostandards und Arbeitsplätze binden.
- Durch flexible Mengensteuerung faire Erzeugerpreise ermöglichen.
- Interventionskaufen enge Grenzen setzen: Preisausschläge verhindern und Mindestreserve anlegen.
- Abkehr von „Global Europe“: Druck zur Marktöffnung auf Entwicklungsländer beenden.
- Zolleskalation abschaffen und Marktzugang für faire und ökologische Produkte erleichtern.

Zu diskutierende Fragen lauten wie folgt:

- Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen: Wie streng dürfen Anforderungen sein, ohne die Bauern damit zu überlasten?
- Zweisaulenmodell erhalten oder abschaffen?
- Dritte Säule zur globalen Verantwortung schaffen oder Entwicklungspolitik stärken?
- Nicht entkoppelte Direktzahlungen an einen Preisindex binden oder ganz abschaffen?

## **Politische Agenda und Einschätzung zum GAP-Prozess**

Berit **Thomsen**, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Hamm

Der Beitrag stellt Kernpunkte der aktuellen Debatte von der Bundesregierung, dem Agrarausschuss des EU-Parlaments und des EU-Agrarkommissars zur Agrarpolitik ab 2013 dar.

### **Bundesregierung**

Bei den Debatten um die EU-Haushaltsverteilung konnte sich Agrarministerin Aigner offensichtlich gegenüber ihren Kollegen in anderen Ministerien nicht durchsetzen. Bleibt fraglich, wofür sich Deutschland bei den Haushaltsfragen einsetzen wird und wie die Landwirtschaft berücksichtigt wird – trotz der vielen Herausforderungen wie Hunger, Energie, Klima und Biodiversität.

Die Bundesregierung setzt weiterhin auf steigenden Wettbewerb in der Landwirtschaft, allerdings nicht in der Qualität, sondern in der schlichten Mengensteigerung. Beispielhaft dafür ist die Entwicklung der Milchpolitik mit ihrer klaren Ausrichtung auf den Exportmarkt, also der Rückzug aus einer Marktregulierung.

Von der Bundesregierung wird die Intervention auf die Zahlungen auf ein Sicherheitsnetz reduziert. Damit ist mit weiter sinkenden Erzeugerpreisen zu rechnen, wenn die Mengenüberschüsse bestehen bleiben. Außerdem soll auf die Exportsubventionen nur im Rahmen der WTO-Verhandlungen verzichtet werden.

Bei der Agrarministerkonferenz der Länder wurde deutlich, dass die Position der Bundesregierung weitgehend in den Bundesländern übernommen wird.

### **Agrarausschuss des EU-Parlaments**

Aus diesem Papier ist keine klare Stellungnahme herauszulesen. In der Summe könnte das EU-Parlament ebenfalls auf die Fortführung der Exportpolitik setzen, wenn sie schreibt: „Da die Weltbevölkerung in den nächsten Jahren wachsen wird, muss die Produktion weiter gesteigert werden, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.“ Gleichzeitig sind auch durchaus positive Ansätze in diesem Papier zu lesen.

Die eigentliche Debatte wird erst mit dem Erscheinen des Vorschlags der EU-Kommission entfacht werden, womit Ende des Jahres zu rechnen ist. Das EU-Parlament hat erstmalig Mitbestimmungsrecht, wenn es um Haushaltsfragen geht.

### **Rede des EU-Kommissar Dacian Ciolos**

Die Stellungnahme des EU Agrarkommissar Dacian Ciolos klingt sehr positiv. Er will die Agrarpolitik an den Wünschen der Bürger orientieren, die Wirtschaftlichkeit des ländlichen Raumes stärken und den Kleinbauern neue Chancen eröffnen. Auch die Klimaproblematik und angemessene Erzeugerpreise stehen auf seiner Agenda, sowie die Überlegung Direktzahlungen an Gegenleistungen zu koppeln. Hier stellt sich die Frage, wie er von der AGLE unterstützt werden kann.

## **Ernährungssouveränität: Leitbild auch für Europa?**

Gérard **Choplin**, European Coordination Via Campesina, Brüssel

Die globale Krise muss als Chance genutzt werden, einen agrarpolitischen Paradigmenwechsel einzuführen. Das Problem liegt nicht mehr nur zwischen Nord und Süd, sondern ist inzwischen ein weltweites Problem geworden und betrifft damit auch die EU und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Der heutige Rahmen der Agrarpolitik kann keine Antworten auf die globale Krise geben.

Ein Argument gegen den Ausbau von internationalem Handel von Lebensmitteln ist die Klimadiskussion. Aufgrund der steigenden Klimaproblematik wird die Außenwirtschaft mit Lebensmitteln, die von der EU sehr aktiv betrieben wird, langfristig nicht mehr haltbar sein.

Dadurch setzt sich die EU Abhängigkeiten aus, deren Auswirkungen aktuell nicht abzusehen sind.

Im Gegensatz zum internationalen Handel setzt Ernährungssouveränität auf regionale und lokale Versorgung der Bevölkerung. Sie impliziert das Recht der Länder, ihre eigene Agrar- und Ernährungspolitik machen zu können, sowie die Pflicht, dies ohne eine Art von Dumping zu tun. Jedes Produkt kann daher gehandelt werden, solange es in anderen Regionen nachgefragt wird. Priorität für die Ernährungssouveränität hat die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung anstatt der des Lebensmittelhandels.

Die WTO-Abkommen sind dafür nicht geeignet. Es gilt also nach neuen Instrumenten zu suchen, abseits von heutigen Instrumenten und den Säulen.

Wenn das Ziel erreicht werden will, bäuerliche Landwirtschaft langfristig in den Regionen zu belassen und die Attraktivität der Landwirtschaft auch gegenüber der jüngeren Generation zu fördern, müssen faire Preise bezahlt werden. Die Frage ist also „Wie schafft man faire Preise?“ anstelle von „Wie verteile ich die Direktzahlungen neu?“, die die fairen Preise ersetzen.

Die Forderung von Via Campesina ist die **öffentliche Regulierung von Märkten; kein Export unter den Produktionskosten; das Recht auf variablen Außenschutz gegen zu billige Importe und Direktzahlungen für LandwirtInnen in benachteiligten Gebieten mit höheren Produktionskosten und für kleine Bauernhöfe.**

#### **Auszug aus der Debatte:**

Antworten von Choplin auf Rückfragen zu den Forderungen Mengensteuerung und Außenschutz:

Wie genau das Konzept der Mengensteuerung aussehen soll, ist noch im Detail zu diskutieren. Die Instrumente sind jeweils nach Produkten unterschiedlich zu entwickeln.

Der Außenschutz muss verknüpft sein mit den Produktionskosten. Soziale und ökologische Kriterien allein reichen nicht aus.

### **Öffentliches Geld nur für öffentliche Güter?**

Matthias **Meissner**, WWF Deutschland, Berlin und Ulrich Jasper, AbL, Hamm

Matthias **Meissner**

Wir vom WWF wollen weg von einem Agrarzahlungssystem, wo Geld auf den Tisch gelegt wird, damit Bauern einfach nur produzieren. Die Leitlinien müssen sein, öffentliche Leistungen sind für öffentliche Güter zu zahlen.

Definiert sind öffentliche Güter durch Güter, die der Gemeinschaft zur Verfügung stehen und für die keiner bezahlen muss, z.B. Bodenfruchtbarkeit, Biodiversität, Zugang zur Landschaft.

Um dies umsetzen zu können, braucht es **gesetzliche Leitplanken**, die zusätzliches Einkommen für die Bereitstellung öffentlicher Güter gewährleisten.

Laut WWF umfasst das Konzept die Idee von einer Grundprämie, die mit Zusatzleistungen erhöht werden kann. Beispiele dafür sind 10 % der Fläche als ökologische Vorrangfläche auszuweisen, eine Fruchtfolge zur Humusbildung einzuhalten, kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen und ein Umbruchverbot von Grünlandflächen.

### Uli Jasper

Die Direktzahlungen haben in ihrer jetzigen Ausgestaltung eine indirekte Dumpingwirkung auf den Weltmarkt, wobei differenziert werden muss zwischen bäuerlich arbeitsintensiven Höfen und durchrationalisierten flächenstarken Betrieben.

Der bekannte Gutachter Folkhart Isermeyer, auch Berater des Bundeslandwirtschaftsministeriums, schlägt vor, die Direktzahlungen zu kürzen oder runterzufahren und bezeichnet das als „radikal“. Werden die Zahlungen einfach linear gekürzt, dann nimmt es die negativen Dumpingwirkungen in Entwicklungsländern nicht. Auch umweltpolitisch schafft eine lineare Kürzung oder Abschaffung der Direktzahlungen keine Vorteile für eine nachhaltige Bewirtschaftung der gesamten Agrarflächen.

Um Dumping etwas entgegenzusetzen reicht die ausschließliche ökologische Forderung nicht aus, sondern es müssen außerdem sozioökonomische und bäuerliche Betrachtungen mit einfließen. Die AbL schlägt dafür eine **Staffelung der Direktzahlungen** vor, die sich am **Arbeitskräftebesatz** eines Betriebes orientiert. Eine sozioökonomische und ökologische Qualifizierung ist radikal, qualifiziert die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit und dass versuchen Gutachter wie Isermeyer zu verhindern.

Am Beispiel der Milch wird deutlich, dass der Markt nicht funktioniert, bzw. auf sinkende Milchpreise mit gesteigerter Produktion reagiert wird, anstatt die Mengenproduktion zu reduzieren.

### Auszug aus der Debatte:

Es gibt massive ökologische Probleme, die mit der Landwirtschaft verknüpft sind, und zwei praktikable Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken: Entweder über noch mehr gesetzliche Vorschriften, also Fachrecht. Da stellt sich aber die Frage, wie die Bäuerinnen und Bauern härtere Auflagen bei den derzeitigen niedrigen Preisen umsetzen können. Oder über vermehrte Anreizmechanismen bei den Direktzahlungen.

Es ist wichtig, dass Fachrecht, Grundprämien und Top ups so gestaltet sind, dass Bauernhöfe nicht dadurch in ihrer Existenz gefährdet werden.

Es wurde deutlich, dass die Anliegen, wie ihn der WWF fordert (öffentliche Leistungen für öffentliche Güter) und die Forderungen der AbL (Staffelung der Direktzahlung und Bindung an sozioökonomische Kriterien) sich ergänzen. A

## **Flexible Mengenregulierung: Recycling der Quote oder neuer Hoffnungsträger?**

Sonja **Korspeter**, European Milk Board, Hamm

Das European Milk Board (EMB) fordert neue Marktordnungen, die Überschüsse vermeiden. Das ist nicht nur im Interesse der Landwirte, sondern auch im Interesse der Gesellschaft. Milch zeichnet sich dadurch aus, dass fast jeder sie konsumiert, sie leicht verderblich ist, also schnell verarbeitet werden muss und die Produktion von Milch einer langen Planung in Form von Herdenmanagement und natürlichen Rhythmen unterliegt. Außerdem muss auch in Landschaften, in denen Milchviehhaltung den einzig sinnvollen landwirtschaftlichen Produktionszweig darstellt, die Möglichkeit auf ein angemessenes Einkommen gegeben sein.

Der Milchmarkt ist wenig elastisch, so dass Angebot und Nachfrage hier nicht funktionieren wie in anderen Produktionszweigen. Bei Änderungen des Preises verändert sich die Nachfrage kaum, ebenso reagieren Bauern/Bäuerinnen nicht sofort auf niedrige Preise, sondern produzieren erst mal weiter.

Das Konzept des EMB sieht vor, die jährliche **Milchproduktion an der Nachfrage** vor allem in der EU auszurichten. Den Rahmen für die Erzeuger steckt eine europäische Milchmarkterzeugungsstelle, die aus 3 Teilen besteht. Die erste Stelle sorgt für Transparenz und die Organisation der Milchmengen, die produziert werden sollen. Zweitens verhandeln Milcherzeuger, die Milchindustrie und Verbraucher innerhalb eines Zielpreiskorridors über den Preis, der den ErzeugerInnen bezahlt werden soll. Und drittens ist eine Instanz gefragt, die den Blick aus der Gesellschaft auf die Milchproduktion an die Produktionspartner heranträgt.

### **Auszug aus der Debatte:**

Abkehr von der Überproduktion notwendig. Dumping beschränkt sich aber nicht nur auf Exportsubventionen, nicht-qualifizierten Direktzahlungen und unter Produktionskosten erzeugter Milch, sondern Exporte von sogenannten Resten, wie etwa das Beispiel „Hähnchenfleisch“. In dem Positionspapier müssen die verschiedenen Dumpingformen noch stärker verdeutlicht werden.

Die aktuelle Inflationierung der Quote macht deutlich, dass eine Mengenregulierung wichtig ist, da sich sonst die Spezialisierung weiter zuspitzt und die bäuerliche Landwirtschaft weiter zurückgedrängt wird. Aus Umweltsicht ist eine Mengenregulierung über die Ausbringung von Gülle/haunbedingt wichtig. Dieses Kriterium verfolgt aber nicht das Ziel der Einkommenssicherung der LandwirtInnen.

## **Konversion der Agrarunterstützung**

### **Dritte Säule der Agrarpolitik: Entwicklungspolitische Forderungen auch in der GAP?**

Rudolf **Buntzel**, eed, Berlin

Im Mittelpunkt stehen die Fragen, wie kann die GAP die Schäden, die aufgrund der Subventionierung von Agrarprodukten in Entwicklungsländern entstehen, kompensieren, und wie kann die EU eine Transformation der Entwicklungsländer zur Nachhaltigkeit finanzieren.

Das BMELV unterstützt Konzepte wie Treuhandfonds der FAO, internationale Organisationen oder Kooperationsprojekte, ist aber bisher unterfinanziert und trifft nicht den Ausgangspunkt des Preisdumpings in Entwicklungsländern.

Eine Möglichkeit den Problemen zu begegnen ist die Einführung einer Dritten Säule, in der Gelder, die durch die Eingrenzung von Exportsubventionen entstehen, den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden.

Da die europäische DG Development über zu wenig Einfluss verfügt, sollte die Dritte Säule/der Ernährungsfonds bei der DG Agriculture angesiedelt werden, um auf gleicher Augenhöhe mit den Themen Agrar und Umwelt agieren zu können.

Parallel zu der finanziellen Ausstattung zur Unterstützung der Entwicklungsländer müssen WTO-Abkommen (SPS, TRIPS) so umgestaltet werden, dass sich für die Entwicklungsländer daraus kein Wettbewerbsnachteil ergibt, z.B. müssen die bisherigen Warenstandards bei SPS in Prozessstandards umgewandelt werden

Eine weitere Möglichkeit globale agrarpolitische Verantwortung zu übernehmen, ist die obligatorische Bindung von internationalen Verträgen an soziale und ökologische Standards.

Um gerechte Voraussetzungen zu schaffen, muss die Verhandlungsfähigkeit der armen Länder gestärkt werden, außerdem brauchen die Entwicklungsländer eine Möglichkeit, sich gegen Dumping beschweren zu können, um die eigenen Märkte zu schützen. Effektive Welternährungspolitik kann nur zum Ziel haben, dass die einzelnen Länder über Ernährungssouveränität verfügen.

Die zentralen Forderungen des eed sind daher:

- GAP 2013 braucht das Ziel der Verantwortung für die globale Wohlfahrt
- GAP 2013 braucht eigenständige starke agrarpolitische Säule „internationale Agrarbeziehungen“
- Dieser Bereich muss mit einem eigenen Budget ausgestattet sein.
- Dadurch wird er auch parlamentarisch kontrolliert und ist transparenter.
- Der „Nord-Süd-Ausgleich“ und die „Verbesserung der Bedingungen für die Integration der Entwicklungsländer in das internationale Agrarsystem“ müssen zum Mandat dazugehören.

### **Auszug aus der Debatte:**

In dem Papier muss die internationale Verantwortung als ein Ziel der EU-Agrarpolitik deutlicher herausgearbeitet werden.

Die Schäden der EU-Agrarpolitik in Entwicklungsländern aus dem EU-Agrarhaushalt auszugleichen wollen, birgt die Gefahr, an der EU-Agrarpolitik selbst nicht viel ändern zu müssen. Besser darauf hinweisen, dass generell mehr Geld für Entwicklungsländer zur Verfügung gestellt werden muss.

### **Sichten der Pro- und Kontraargumente**

Marita **Wiggerthale**, Oxfam Deutschland, Berlin

Um in der Debatte um die Mittelverteilung ab 2013 wirklich etwas bewegen zu können, müssen die **Erwartungen und Forderungen hoch angesiedelt** werden. Damit sich die Präsentation in diesem Jahr als großer Wurf darstellt, darf der Wiedererkennungswert der Forderungen nicht zu hoch sein.

Konkrete **öffentlichkeitswirksame Aktionen** müssen erst das Feindbild klären, was in diesem Fall die großen Lebensmittelkonzerne trifft. Sie arbeiten ohne Qualitätsstandards und ohne soziales Gewissen.

Öffentlichkeitswirksam heißt auch, dass die Medien ein übersichtliches Bild der Situation bekommen müssen. Bei Presseerklärungen also nicht zu weit ausholen, sondern versuchen den Kern der Sache zu treffen.

Die Medien verstehen wahrscheinlich, wenn die **Verflechtungen zwischen der Industrie und der Produktion dargestellt** werden, und der Verbraucher bekommt eine Chance, darauf zu reagieren, wenn die Marken mit Konzernen und Strukturen in Verbindung gebracht werden können, wobei hier zwischen einem Lobbypapier und einer Kampagne unterschieden werden muss.

Um die Medien aufmerksamer zu machen, müssen die **Opfer der Agrarpolitik dargestellt** werden, sowohl Bauern aus dem Süden wie auch europäische Bauern.

Wichtig ist die Vermittlung an den Verbraucher und die Gesellschaft, dass **Agrarpolitik mehr ist als nur Subventionen**.

Eine zentrale Frage muss sein: „**Welches Agrarwachstum brauchen wir?**“ Damit würde die gesellschaftliche Debatte bedient und alle Sektoren mit einbezogen.

Durch Provokation müssen offene Meinungen der Wirtschaftsinteressenten herausgekitzelt werden, an denen man sich abarbeiten kann.

Die aktuellen internationalen Probleme sind hausgemachte Probleme der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Damit ist die EU gefordert, das zu ändern. Nachdem von der Bundesregierung nicht viel zu erwarten ist, sollte sich das Hauptbetätigungsfeld auf das EU-Parlament konzentrieren.

Um EU-weit eine breite Stellungnahme zu schaffen, ist es wichtig, dass sich die Verbände der Mitgliedstaaten intensiver austauschen. Möglich ist dies durch Beteiligung an einem europäischen Zusammenschluss wie der Agricultural and Rural Convention (ARC), die in den nächsten Monaten ein Positionspapier zu Agrar-, Umwelt - und Entwicklungspolitischen Themen herausbringen wird. Partizipation ist an dieser Stelle ausdrücklich erwünscht. [www.arc2020.eu/](http://www.arc2020.eu/)

Auch aufgrund der Tatsache, dass langfristig die von der EU zur Verfügung gestellten Mittel weniger werden, ist jetzt der Zeitpunkt deutlich Farbe zu bekennen.

Eine Verschärfung des Papiers ist also dringend notwendig.

## **Strategische Zusammenfassung von Diskussion und Vorträgen**

Armin **Paasch**, Misereor, Aachen

Einigkeit besteht über:

- Keine lineare Kürzung der Direktzahlungen
- Staffelung der Zuwendungsverteilung nach Betriebsgröße/Arbeitskraft
- Faire Preise für europäische Landwirtschaft muss zentraler rausgestellt werden
- Vision muss deutlicher formuliert werden und einen höheren Stellenwert einnehmen, damit eine Innovation in den Forderungen stattfinden kann.

Neue Aspekte sind:

- Konzentration auf die Marktmacht der Ernährungsindustrie und Supermärkte
- Bodenpreise
- Grundsatzfragen im Mittelpunkt
- Südpartner mehr einbeziehen, um den Opfern des Preisdumpings Gesichter zu geben.

Noch diskutiert werden muss:

- Wie stark darf die Marktöffnung der EU sein?
- Welche Rechte müssen mehr geschützt werden?
- Wie kann eine Mengenregulierung stattfinden? BDM oder Ökostandards?
- Forderung der 3. Säule, Konversion.
- Positionen des Parlaments und der Bundesregierung sind unterschiedlich
- Frage „Wohin wachsen wir?“

**Anhang: Das gemeinsame Positionspapier. Stand Juni 2010**